

Demokratiebildung (schon) im Grundschulalter?! Praxisbedarfe aus Sicht von Expert:innen

**Sabine Martschinke, Leonora Gerbeshi, Selma Cejvan, Sonja Ertl,
Stefanie Richter, Lotta Bärtlein**

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Martschinke, Sabine, Leonora Gerbeshi, Selma Cejvan, Sonja Ertl, Stefanie Richter, and Lotta Bärtlein. 2022. "Demokratiebildung (schon) im Grundschulalter?! Praxisbedarfe aus Sicht von Expert:innen." *Grundschule aktuell*, no. 159: 32-35.

Nutzungsbedingungen / Terms of use:

licgercopyright

Dieses Dokument wird unter folgenden Bedingungen zur Verfügung gestellt: / This document is made available under these conditions:

Deutsches Urheberrecht

Weitere Informationen finden Sie unter: / For more information see:

<https://www.uni-augsburg.de/de/organisation/bibliothek/publizieren-zitieren-archivieren/publiz/>



Sabine Martschinke, Leonora Gerbeshi, Selma Cejvan, Sonja Ertl, Stefanie Richter und Lotta Bärtlein

Demokratiebildung (schon) im Grundschulalter?!

Praxisbedarfe aus Sicht von Expert:innen

„Und wir dürfen nie mitbestimmen“, so äußerte sich eine Grundschülerin, die zu ihrer Wahrnehmung von Mitbestimmung in Schule und Unterricht interviewt wurde – eine Aussage, die sie mit vielen Grundschulkindern teilt. Auch aus dem Rechtsanspruch der UN-Kinderrechtekonvention von 1989 (speziell Artikel 12, aber auch 13 und 17; s. z. B. UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes 2009) und dem Bildungsauftrag der Grundschule ergibt sich die Forderung nach Mitbestimmung im Unterricht, im Schulleben und in institutionalisierten Formen (z. B. Klassenrat, Schüler:innenparlament) für Grundschul Kinder.

Die Forderung nach (mehr) Demokratiebildung schon im Grundschulalter ist mittlerweile unbestritten, ungeklärt ist aber die Frage nach dem „Wie“. Dieser Frage wurde im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung „Demokratiebildung im Grundschulalter“ nachgegangen – unterstützt und beauftragt von der DKJS (Deutsche Kinder- und Jugendstiftung). In diesem Rahmen fand auch ein sogenanntes Gruppendelphi mit Expert:innen zur Demokratiebildung im Grundschulalter statt.

Der Beitrag gibt einen Überblick über die Ergebnisse, eröffnet verschiedene Perspektiven auf mehr und qualitativere Möglichkeiten für Demokratiebildung im Grundschulalter und leitet Möglichkeiten zur Reflexion ab, die in der Aus- und Fortbildung, in der schulinternen Diskussion oder in der persönlichen Auseinandersetzung mit dem Thema genutzt werden können.

Demokratiebildung – aber warum?

„Begriffswirrwarr“: Die Begriffe Mitbestimmung, Demokratiebildung und politische Sozialisation werden häufig synonym verwendet, da sie „im Kern“, sprich in der Zielstellung, oft ähnlich sind, auch wenn sie unterschiedlich große Bedeutungshöfe umfassen (Coelen 2010; Gerdes 2021). Im Wesentlichen beziehen sich all diese Begrifflichkeiten auf die stärkere Beteiligung von Kindern im Sinne einer demokratischen Gesellschaft. Abb. 1 zeigt die Forderung

nach mehr Mitbestimmung, formuliert aus Kinderperspektive (Ertl, Martschinke & Grüning 2021):

Gute Gründe für mehr Demokratiebildung: Warum die Demokratiebildung von Kindern weiter vorangetrieben werden soll und muss, lässt sich auf verschiedene Begründungslinien, wie die UN-Kinderrechtekonvention, lernpsychologische Überlegungen oder den Bildungsauftrag der Grundschule, zurückführen (vgl. im Überblick Ertl, Martschinke & Grüning 2022).

Problemanzeige aus Forschungsperspektive: Sowohl nationale als auch internationale Studien zeigen, dass die Möglichkeiten der Demokratiebildung und Mitbestimmung für Kinder im Grundschulalter von Lehrkräften, Eltern und den Kindern selbst als nicht ausreichend eingeschätzt werden und Handlungsbedarf bezüglich einer qualitativvollen Demokratiebildung besteht (z. B. Andresen & Möller 2019; Kutsar et al. 2019; Mütting, Razakowski & Gottschling 2018). Bestehende Maßnahmen der Demokratiebildung beziehen sich primär auf institutionelle Formen der Mitbestimmung, wie Klassenrat, aber wenige auf „gelebte“ und im Alltag dauerhaft etablierte Formen der Demokratiebildung (Brügelmann 2011; vbw 2020). Studien zur politischen Sozialisation von Kindern betonen

aber gerade die Notwendigkeit einer frühen Förderung, da „Kindheit eine zentrale, wenn nicht sogar entscheidende Phase im politischen Sozialisationsprozess darstellt“ (Abendschön 2014, 65).

Expert:innen befragen im Gruppendelphi

Das Gruppendelphi als Austauschformat. Bei einem Gruppendelphi „geht es darum, das fachliche Urteil einer Expertengruppe zu einem (meist zukunftsbezogenen) Sachverhalt systematisch zu bündeln und zu schärfen, indem mindestens zwei Beurteilungsrunden durchgeführt und den Experten die Urteile der Mitexperten vorgelegt werden“ (Döring & Bortz 2016, 400). Ziel eines Gruppendelphis ist es nicht, dass alle Expert:innen einer Meinung sind, vielmehr liegt der Fokus auf einer Annäherung und einem Konsens (Einigkeit) darüber, dass bezüglich gewisser Inhalte *Dissens* (Uneinigkeit) besteht (Niederberger & Renn 2017). In der vorliegenden Studie wurde auf ein onlinegestütztes, gekürztes Gruppendelphi zurückgegriffen, in dem die Expert:innen nach einer Fragebogenerhebung zur Diskussion in einem zweistündigen Online-Workshop eingeladen wurden. Die 24 teilnehmenden Expert:innen vertraten dabei sehr unterschiedliche Kontexte – Grundschulbereich, außerschulischer Bereich, wissenschaftlicher Bereich, politische und administrative Ebene etc.



Abb. 1: Mitbestimmung aus Kinderperspektive

Lotta Bärtlein, Selma Cejvan,
 Leonora Gerbeshi, wissenschaftliche
 Mitarbeiterinnen.
 Stefanie Richter, abgeordnete Lehrkraft.
 Prof.in Dr. Sonja Ertl, Grundschul-
 pädagogik und -didaktik mit dem
 Schwerpunkt inklusiver Umgang mit
 Heterogenität.
 Prof.in Dr. Sabine Martschinke,
 Lehrstuhl für Grundschulpädagogik
 und -didaktik mit dem Schwerpunkt
 inklusiver Umgang mit Heterogenität
 Die Autorinnen arbeiten am Institut für
 Grundschulforschung der Friedrich-Alex-
 ander-Universität Erlangen-Nürnberg.

Das Vorgehen – Schritt für Schritt. Abb. 2 gibt einen differenzierten Überblick über den Ablauf des Gruppendelphis. Der Fragebogen umfasste verschiedene Themenbereiche „rund um Demokratiebildung“. Als Maß für die Unterscheidung zwischen dissidenten und konsentierten Fragen bzw. Items wurde die Standardabweichung genutzt (Niederberger & Renn 2018; von der Gracht 2012). Eine Standardabweichung (SD) von über 1,5 wird als Dissens eingeordnet, d.h., es gibt große Unterschiede in der Beantwortung der Fragen zwischen den Teilnehmenden. Ein Wert von unter 1 gilt als Konsens und zeigt ein relativ einheitliches Meinungsbild.

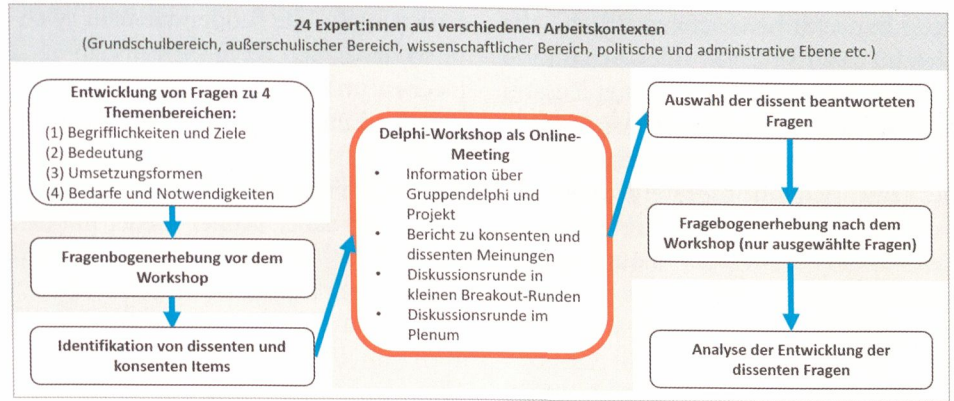


Abb. 2: Ablauf des Gruppendelphis mit Fragebogen und Workshop

Fragen mit einer Standardabweichung zwischen 1 und 1,5 gelten weder als konsent noch als dissident. In den anschließend online durchgeführten Workshops wurden zunächst in kleineren Runden (Breakout-Rooms) und anschließend im Plenum ausgewählte dissidente Fragen diskutiert. Nach der Diskussion im Workshop erfolgte eine erneute Einschätzung der dissidenten Fragen.

Das Meinungsbild der Expert:innen

Insgesamt herrschte bei den Expert:innen große Einigkeit. So sind die meisten Expert:innen der Meinung, dass Demokratiebildung stärkere Beachtung in der Aus- und Fortbildung aller pädagogischen Fachkräfte erfahren muss und dazu

ein breites Handlungsspektrum mit vielen Möglichkeiten gehört, die alle, besonders im Unterricht, aber auch in außerschulischen Kontexten gestärkt gehören.

Lediglich neun Fragen bzw. Items (Tab.1) wiesen einen hohen Dissens auf:

Im Folgenden wird die Diskussion zu ausgewählten dissidenten Fragen bzw. Items (4, 8 und 9) (nach absteigendem Dissens), die insbesondere für den Grundschulunterricht von besonderer Bedeutung sind, nachgezeichnet.

Demokratiebildung – Begünstigen Zusatzangebote für benachteiligte Kinder Exklusion?

Auch wenn Frage bzw. Item 9 (Tab. 1) als dissident angesehen wird (SD = 1,73), wird in der Diskussion deutlich, dass

	Bereich	Dissente Items
1	Stellenwerte	Welchen Stellenwert haben folgende Begriffe „rund um Demokratiebildung“ in Ihren Arbeitszusammenhängen? Politische Bildung
2	Aussagen zur Demokratiebildung	Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zur Demokratiebildung bei Kindern im Grundschulalter zu? Demokratiebildung ist dem Begriff Teilhabe untergeordnet.
3		Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zur Demokratiebildung bei Kindern im Grundschulalter zu? Demokratiebildung im Grundschulalter, hier auf den schulischen Kontext bezogen, zielt vorrangig auf institutionelle Formen der Mitbestimmung ab (z.B. Klassenrat, Schüler:innenmitverantwortung) .
4	Chancen und Grenzen	Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zu Chancen und Grenzen von Demokratiebildung bei Kindern im Grundschulalter zu? Demokratiebildung bedeutet Machtverlust für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte.
5	Geringe Bedeutung	Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zu? Demokratiebildung im Grundschulalter hat eine zu geringe Bedeutung in der Ausbildung pädagogischer Fachkräfte.
6		Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zu? Demokratiebildung im Grundschulalter hat eine zu geringe Bedeutung während des Referendariats.
7	Stärkung	Für wie (potenziell) erfolgsversprechend schätzen Sie folgende Umsetzungsformen für Demokratiebildung ein? Demokratische Aushandlung bei der Gestaltung von Leistungsnachweisen
8	Bedarfe und Notwendigkeiten	Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zu Bedarfen und Notwendigkeiten im Bereich der Demokratiebildung im Grundschulalter zu? Kinder im Grundschulalter dürfen mit zunehmenden Mitentscheidungsmöglichkeiten nicht überfordert werden.
9		Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zu Bedarfen und Notwendigkeiten im Bereich der Demokratiebildung im Grundschulalter zu? Für bestimmte Kinder (insbesondere Kinder mit speziellen Förderbedürfnissen und aus sozial benachteiligten Familien) müssen zusätzliche Angebote zur demokratischen Grundbildung gemacht werden.

Tabelle 1: Übersicht über dissidente Items

die Expert:innen mehrheitlich die Gefahr der Exklusion oder Separation sehen, die als Konsequenz eines Zusatzangebotes für Kinder mit speziellen Förderbedürfnissen, aber auch für Kinder mit Migrationshintergrund, mit Benachteiligungen durch ihre Herkunft/ den sozioökonomischen Status etc. eintreten könnte. Im Sinne eines professionellen Umgangs mit Heterogenität müssten adaptive Angebote für die GANZE Klassengemeinschaft und für JEDES Kind geschaffen werden. Daraus wurde der Bedarf nach adaptiven Methoden, die die gesamte heterogene Schülerschaft einbeziehen, abgeleitet und als Zukunftsaufgabe für demokratisches Lernen formuliert, was gleichzeitig den Anspruch einer diversitätssensiblen Umsetzung von Mitbestimmung an Lehrkräfte (und pädagogische Fachkräfte) stellt. Darüber hinaus soll nach Meinung der Expert:innen der Blick auf die Mikroebene der Lehrer:in-Schüler:in-Interaktion geschärft werden, um beispielsweise auch schüchtere Kinder, die im Kontext der Demokratiebildung eines sensiblen Umgangs bedürfen, nicht außer Acht zu lassen. (Siehe Abb. 3.)

Demokratiebildung – Werden Kinder überfordert?

Die Diskussion der Frage bzw. des Items 8 (s. Tab. 1) zur möglichen Überforderung der Kinder ($SD = 1,53$) führte die Expert:innen dazu, nach Gründen dafür zu suchen. Überforderung tritt nach Meinung der Expert:innen dann ein, wenn die Kinder zu wenig Informationen über Sinn und Zweck von Mitbestimmung erhalten und Rahmenbedingungen keine Beachtung finden. Zudem entsteht Überforderung, wenn beispielsweise zu viele Entscheidungsmöglichkeiten angeboten werden. Vor diesem Hintergrund waren die Expert:innen sich einig, dass die Schüler:innen nicht mit dem Endprodukt der Demokratiebildung konfrontiert werden sollen, sondern von Beginn an an Entscheidungsprozessen beteiligt werden sollen. Zudem sollte berücksichtigt werden, ob und wie viel die Kinder selbst mitentscheiden WOLLEN. Gleichzeitig kann aus Sicht der Expert:innen Überforderung aber auch positive Auswirkungen auf die Entwicklung der Kinder haben, vor allem dann, wenn sie eine Heraus- und eben keine Über-


forderung für die Kinder darstellt. Wichtig ist dabei, den Lernweg transparent zu machen und Kinder nicht mit den Folgen der Entscheidungen alleinzulassen. Dies bedeutet, dass Lehrkräfte eine aktive beratende Funktion einnehmen müssen. Wichtig ist dabei, immer wieder mit den Kindern ins Gespräch zu kommen und auch als Lehrkraft eine angemessene Haltung zu entwickeln, die Kindern Räume für (Mit-)Entscheidung öffnet. (Siehe Abb. 4.)

Demokratiebildung – Besteht die Gefahr eines Macht- und Kontrollverlusts für Lehrkräfte?

Die Begrifflichkeiten „Macht“ und „Kontrolle“ erklären unter Umständen den Dissens in Frage bzw. Item 4 (s. Tab. 1, $SD = 1,53$) und sorgten zunächst für Irritation und Diskussion, insbesondere mit Blick auf den schulischen Kontext. Es zeigte sich, dass der Begriff der Macht im deutschen Sprachgebrauch negativ konnotiert ist. Demgegenüber wurde der englische Begriff für Macht, nämlich „Power“, eingebracht, der eine eher positive Assoziation hervorruft. Einige Expert:innen positionierten sich gegenüber dem Begriff „Macht“ ablehnend und sehr kritisch. Sie führten auf, dass „Macht“ in Bezug auf die Lehrer:innen-Schüler:innen-Beziehung problematisch bis hin zu falsch zu werten sei. Diese Problematik wurde mit dem Argument zusätzlich bekräftigt, dass Kinder ihre Lehrkräfte als Vorbilder sehen und diesen, um in der Wortwahl zu bleiben, automatisch Macht zusprechen.


Es wurde dafür plädiert, von „Kontrolle“ zu sprechen. Folglich muss es die Aufgabe und der Anspruch der Lehrperson sein, diese Kontrolle – zumindest ein Stück weit oder soweit es sinnvoll ist – abzugeben. Es wurden Rahmenbedingungen genannt, wie z. B. das Formulieren klarer Grenzen und Vereinbarungen sowie die Transparenz über einen gemeinsamen Verhaltenskodex, um einem „Kontrollverlust“ entgegenzuwirken. Durch eine solche Herangehensweise kann der ganzen Klasse eine gemeinsame Kontrolle und damit eine deutlich größere „Macht“ im Sinne des Empowerments zugesprochen werden und schließlich Selbstwirksamkeit als positive Konsequenz für alle schulischen Akteur:innen resultieren. Die Expert:innen kamen letztlich zum Schluss, dass sich durch die Abgabe von Macht bzw. Kontrolle viele positive Effekte für die Kinder ergeben können, weil sie nicht für die Lehrkraft als Person mit ihren Kontrollmechanismen und Machtbefugnissen, sondern für sich lernen. (Siehe Abb. 5.)

Wie hat sich das Meinungsbild durch oder nach dem Workshop verändert? Nach der Diskussion im Workshop wurden die neun Fragen bzw. Items, die vor dem Workshop im Fragebogen einen hohen Dissens aufwiesen, erneut von den Expert:innen eingeschätzt. Die durchschnittliche Standardabweichung sinkt von 1,61 vor dem Workshop auf 1,23 am Ende des Workshops. Kein einziger Wert liegt mehr über 1,5, sodass kein Item mehr dissent beantwort-




- Ermögliche ich es allen Akteur:innen, am Demokratieprozess gleichermaßen teilzunehmen?
- Biete ich allen Kindern diversitätssensible und adaptive Möglichkeiten für eine nachhaltige Demokratiebildung?

Abb. 3: Reflexionsfragen zu Zusatzangeboten



- Ermögliche ich den Kindern Mitbestimmung und richte ich das Schulleben danach aus?
- Berücksichtige ich die schulischen Rahmenbedingungen und die persönlichen Bedürfnisse und Wünsche der Kinder?

Abb. 4: Reflexionsfragen zur Frage der Überforderung



- Ist mir bewusst, welche institutionalisierte Macht mir im Vergleich zu den Kindern zugeschrieben wird?
- Ermögliche ich den Kindern meiner Klasse einen Lern- und Lebensort, der die demokratischen Werte unserer Gesellschaft sichert?

Abb. 5: Reflexionsfragen zu Kontroll- und Machtverlust

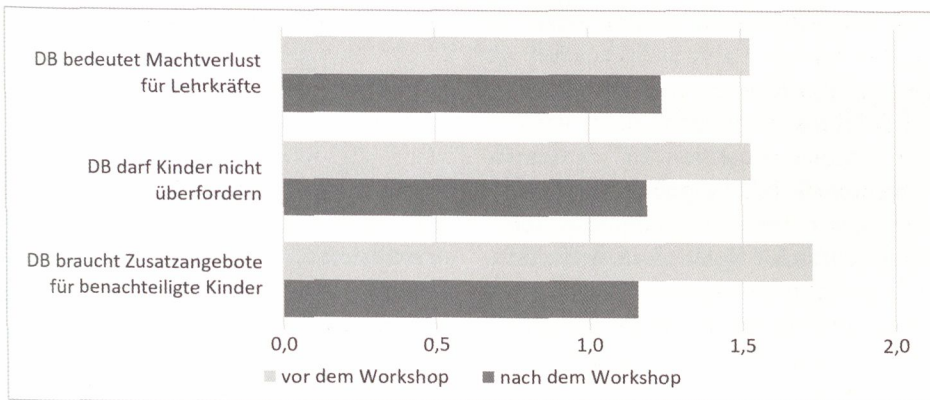


Abb. 6: Standardabweichung vor und nach dem Workshop (DB = Demokratiebildung)

tet wird. Auch hinsichtlich der drei ausführlich vorgestellten Items besteht kein Dissens mehr (siehe Abb. 6).

Wo und wie kann und soll man ansetzen?

Die Workshopdiskussionen führten aber nicht nur zu konsenteren Meinungen aller Beteiligten, sondern auch zum Nachdenken, wie man Demokratiebildung bei Grundschulkindern stärken könnte. Die folgenden Botschaften halten zusammenfassend Tipps oder Ratschläge aus den Diskussionsrunden fest, wo und wie Lehrkräfte oder andere pädagogische Fachkräfte ansetzen können, um nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität von Mitbestimmung zu steigern.

Akteur:innen vernetzen und Mitbestimmung erfahrbar machen

Eine stärkere Kooperation zwischen den schulischen und außerschulischen Partner:innen bildet ein nicht zu unterschätzendes Netzwerk. Durch Anregungen der verschiedenen Akteur:innen wird Demokratiebildung aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet und gewinnbringend weiter-

entwickelt. Dies ist auch bei einer offenen Frage der am häufigsten genannte Wunsch einer der Diskussionsgruppen.

Geeignete Modellprojekte aus schulischem und außerschulischem Bereich sollen ausgeweitet werden und die häufig nur kurzfristige Umsetzung und Anwendung umgangen werden, indem nach positiver Evaluation Materialien für die Hand von Lehrkräften, pädagogischen Fachkräften oder/und Kindern aufbereitet werden. Der Fokus sollte darauf liegen, Demokratiebildung für Grundschulkindern in immer wieder unterschiedlichen Kontexten erfahrbar zu machen und es nicht bei institutionellen Formen, wie z. B. Klassensprecher:innenwahl, zu belassen.

Auf die Haltung der Lehrkräfte bzw. der pädagogischen Fachkräfte kommt es an!

Sowohl in der Aus- als auch in der Fortbildung der Lehrer:innen muss Demokratiebildung ein fester Bestandteil sein. Dabei ist die Haltung der Lehrkräfte (und ihrer Schulleitungen) ein zentrales Merkmal. Ihre Einstellung zum Verhältnis von Demokratiebildung und Macht(-verlust) bzw. Kontrolle muss immer wieder reflektiert und diskutiert

werden. Alle müssen sich bewusst sein, dass ihr eigenes Erleben von Demokratie und Mitbestimmung im schulischen Kontext sich auf ihren Unterricht und ihre pädagogische Praxis auswirkt.

Was braucht es?

Unterstützende Materialien finden Lehrkräfte u. a. auf entsprechenden Social-Media-Kanälen oder in einschlägigen Verlagen, welche sich auf Unterrichtsmaterialien fokussieren. Häufig umfassen diese fast ausschließlich visuell aufbereitete Materialien zur Klassensprecher:innenwahl oder zum Klassenrat. Wünschenswert wäre es, konkrete Unterstützungsangebote für den Unterricht zu entwickeln, die alle Aspekte der Demokratiebildung in Form von Impulsen aufgreifen.

Demokratiebildung als gemeinsame Zukunftsaufgabe

Demokratiebildung muss mehr sein als nur eine Unterrichtsstunde, sondern als elementares Unterrichtsprinzip gelebt werden. Zentral muss dabei bedacht werden, dass jedes Kind individuell berücksichtigt wird und die Möglichkeit erhält, Demokratiebildung zu erfahren und zu erleben. Schüler:innen müssen ermutigt werden, ihre Meinung zu äußern. Hilfreich erscheint dabei Transparenz durch Gespräche, warum sie beispielsweise ein wichtiger Teil der Gemeinschaft sind und warum auch ihre Meinung zählt. Mitbestimmung muss als Lernbereich und Entwicklungsprozess sowie als Zukunftsaufgabe und langfristiges und nachhaltiges Ziel von Unterricht wahrgenommen werden. □

Literaturangaben zum Artikel können Sie von unserer Website herunterladen: <https://t1p.de/GSa159-Lit-Forschung>



Abb. 7: Brainstorming einer Diskussionsgruppe zu ihren Wünschen